

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Roden & Comp., Nr. 1208.

## Organ für das werktätige Volk

Kontokonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Gehf. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wort und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Neblanzzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefzettelbelegung 10 Goldpf.

Nr. 263

Dresden, Montag den 10. November 1924

35. Jahrg.

## Die Internationale der Chauvinisten

Von unserm Kopenhagener Mitarbeiter

In zwei Dingen sind die Chauvinisten aller Völker anscheinend einig: in der Absicht, bei nächster Gelegenheit die Welt in ein neues „Stahlbad“ zu tauchen, und in dem internationalen Wühlen und Integrieren gegen jede sozialistische Regierung, in welchem Lande es auch sei. Die dänische Sozialistenregierung kann das neueste Lied darüber singen. Ihr Abrüstungsplan hat die dänischen Chauvinisten nach internationaler Hilfe signalisieren lassen. Prompt ist sie erfolgt.

Tempo und Mut, sich aufspielend, als wären sie nicht die Organe der Bourgeoischen Opposition; sondern französische Regierungsorgane, beschwören „das dänische Volk“ — das sie von 1864 über 1870 bis 1921 so schön im Stiche ließen — doch ja nicht abzuziehen, sondern sich gegen das „revanchewütige“ Deutschland so stark wie möglich zu bewaffnen. Warshawer Chauvinistenblätter fielen — sicher zum Entsetzen des für eine deutsch-polnische Verständigung lebenden polnischen Außenministers — sofort in die gleiche Melodie ein und die nord-deutsche halbparasitische Reaktion des „Schleswig-Holstein-Bundes“ besorgt den dänischen, französischen usw. Chauvinisten neuen Brennstoff für das deutsch-dänische Erbfeindverhältnis, indem sie die deutsch-dänischen Schulverhandlungen verurteilt und in einer Entschärfung ihre Ablehnung für die Zukunft fordert.

Der internationale Chauvinismus weiß politische Latenzen sehr raffiniert für seine Zwecke einzufangen. Als der polnische Kriegsminister Sikorski kürzlich nach Paris fuhr, um einen neuen polnischen Rump anzulegen für einen polnischen Kriegshafen und eine Unterseebootbasis, wurde er — mit oder ohne seinen Willen — gegen die Regierung Staining ausgenutzt. Unwiderrspoden von polnischer omllicher Seite wurde behauptet, der dänische Abrüstungsplan hätte diese Seite verhöhnt, Polen müßte für den Fall eines abgerüsteten Dänemarks eine U-Boot-Flotte besitzen, um eine Sperrung des Ostsee-Eingangs durch „feindliche Mächte“ zu verhindern. Dänemarks Pflicht sei, militärisch sich so stark zu machen, daß es Frankreich die Ostsee-Eingänge zur Erfüllung seines Militärbindnisses mit Polen offenhalten könne. Der Rat in Dänemark im Falle einer stärkeren Rüstung statt Abrüstung deutlich mit einem allergrößten französisch-dänisch-polnischen Bündnis. Da aber weder Herriot noch Staining für solche neue Entfesselungspolitik zu haben wären, ist der Kern dieser frommen Wünsche klar: Weg mit Herriot, weg

mit Staining, weg mit allen, was nach europäischer Verständigung aussieht!

Der deutschnationalen Reichstagskandidat v. Tirpitz darf sich die Ehre zurechnen, den Vorwand für diese französisch-polnischen „Angebot“ der Sperrung der Balle geliefert zu haben mit seiner 1911 an Dänemark wider die auch von Deutschland anerkannten dänischen Neutralitätsregeln gerichteten Forderung der Sperrung — großen Welt mit Wimen. Man kann sich denken, wie... Freude es in Poincaré-Paris und Korfanty-Warschau gegeben hätte, wenn er oder seine Freunde in die deutsche Reichsregierung gelangt wären!

Diese Freude würde zu Wasser, aber man kann ja eben- so gut im Tempo oder Kurzer Politik schreiben, daß die Wohlausichten der deutschen Reichsregierung glänzende sind. Der Kampf gegen jede Abrüstung, und sei es auch die des kleinen Dänemark, geht weiter. Was die dänischen Chauvinisten nicht allein schaffen, soll Pariser und Warschauer „öffentliche Meinung“, sollen polnische Kriegsministerien und deutsche Chauvinisten oder ihre Resolutionen fertigbringen. Der eine gibt dem andern das Stichwort: die Zusammenarbeit der chauvinistischen Internationale ist vorzüglich — soweit ihr die Völker Europas nicht das Werk aus der Hand nehmen.

Eine Saute ist schon geboren: die schwedische Unter- stützung durch konservative Ministerreden gegen Dänemarks Abrüstung ist durch den Bahisieg der schwedischen Arbeiterpartei erledigt. Das in Paris die Chauvinisten nur Opposition sind, ist ebenso verneint! Es bleibt deshalb die Hoffnung auf die deutschen Brüder im Nationalismus. Wird auch sie zerfallen, und sie kann am 7. Dezember zerfallen werden. Dann ist die chauvinistische Internationale nur noch ein Stammtisch ehemaliger Regierungsorgane und abgetakelter Generale, dann können die Gesprächsgegenstände Verständigung und Abrüstung nicht mehr die Gesprächsgegenstände werden. Nicht zuletzt in Berlin liegt die Entscheidung, ob der dänische Abrüstungsplan Tatsache wird oder nicht. Zwei politische Möglichkeiten gibt es für Deutschlands Außenpolitik: Herriot, Staining und Schwarz-Rot-Gold oder Poincaré, dänisch-konservativ und polnisch-nationalistisch gegen ein Ludendorff-Tirpitz-Deutschland. Das deutsche Volk hat die Wahl. Es ist Herr über seine Stellung in Europa, mit- bestimmend über die Stellung Europas zu ihm.

## Sozialdemokratische Wahlerfolge in Anhalt

Deffau, 10. November. Am gestrigen Sonntag wurde der Landtag für Anhalt neu gewählt. Die Wahlbeteiligung war rege. Das Wahlergebnis, das nur noch keine Ergänzungen erfahren kann, ist bereits festgestellt. Es haben Stimmen und Mandate erhalten:

- Sozialdemokraten 78 449 (64 935) 15 Abgeordnete (13);
- Demokraten 13 991 (6181) 3 Abgeordnete (1);
- Kommunisten 11 217 (16 709) 2 Abgeordnete (4);
- Zentrum 2406 (2009) — (—);
- Nationalsozialisten 7942 (7989) 1 (2);
- Bodenreformer und Rieterpartei 3207 (3005) 1 (1);
- Bürgerliche Volksgemeinschaft 74 482 (74 514) 14 (15).

Das Ergebnis bestätigt genau wie die Wahlen in Hamburg und Mecklenburg ein starkes und unauflösliches Anhängen der sozialdemokratischen Stimmen. In Anhalt konnte die Sozialdemokratie ihre Wählerzahl um über 14 000 vermehren und zwei Mandate gewinnen. Das ist die treffendste Antwort auf die Machenschaften der Reaktion und den Verleumdungsflug der Deutschnationalen. Sehr beachtlich ist, daß in Anhalt auch die Demokraten einen Gewinn von beinahe 8000 Stimmen hatten und ebenfalls zwei neue Mandate erhielten. So sind die beiden demokratischen Linksparteien, Sozialdemokratie und Demokraten, die Sieger dieses Wahlkampfes.

Das Strafgericht über die Kommunisten, das überall bei den letzten Wahlen begonnen wurde, ist in Anhalt konsequent fortgesetzt worden. 5500 Wähler haben sich von ihnen abgewandt, das bedeutet einen Verlust von einem Drittel. An Mandaten verloren die Kommunisten sogar die Hälfte. Ein Rest von zwei Mandat bleibt übrig.

Die Reichsparteien haben unter Aufsichtung unehrerer Mittel mühsam ihren Besitzstand zu halten versucht. Es ist nicht ganz gelungen. Sowohl die Nationalsozialisten (Wölflchen) wie die reaktionäre Volksgemeinschaft von Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei verloren je ein Mandat. Bei der Reichstagswahl wird die Abrechnung noch kräftiger erfolgen, da in der großen Politik die Gegenstände und Sünden nicht so berrückt werden können wie in der kleinen Landpolitik. Die Sozialdemokratie rüht nur: für den 7. Dezember und zieht

aus dem gestrigen Vorbild die besten Hoffnungen für ihren Erfolg bei den Reichstagswahlen.

### Die Siege der Linken

Deffau, 9. November. (Eig. Drahtber.) Der Landtagwahl hat der Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg gebracht. Dem Wahlsieg war ein wochenlanges, mit großer Erbitterung geführter Wahlkampf vorausgegangen, in dem sich in der Hauptstadt die Sozialdemokratie sowie die mit verbundenen Listen vorgehenden Demokraten, Rieter und Bodenreformer und das Zentrum auf der einen, und die sogenannte Volksgemeinschaft Stadt und Land (ein reaktionäres Gebilde, bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Landbund, Bauernbund, Bauernrat, Handwerk und Gewerbe) auf der andern Seite gegenüberstanden. Daneben hatten die Kommunisten und die Nationalsozialisten besondere Listen aufgestellt. Für die Linken, insbesondere die Sozialdemokratie, kam es darauf an, das Ergebnis der Landtagswahl am 22. Juni d. J., das den Sturz des sozialdemokratisch-demokratischen Radikals Desf zur Folge gehabt hatte, zu korrigieren, d. h. der gegenwärtigen unreaktionären Regierung Anker (zwei Deutschnationalen und ein Volksparteier) eine Niederlage zu bereiten. Unsere Partei hatte gegen eine überaus schwebige Kampfbewertung der Reaktion anzukämpfen. In seiner Wahlkampf verteilte sich das Kabinett sogar dazu, Klugheiten und Plakate unserer Partei zu beschlagnehmen und Ausschüsse in den Redaktionen und Versammlungen unserer Parteiblätter in Deffau und Verburg vorzunehmen zu lassen. Aber trotz allen Anstrengungen der Reichsparteien und ihrer Regierung hat die Sozialdemokratie ihr Ziel erreicht und einen glänzenden Sieg errufen. Der Wahlausgang ist ein vielversprechendes Vorzeichen für den 7. Dezember.

## Revolutionsfeier in Berlin

Aus Berlin wird uns berichtet: Zum Gedenken des Revolutionstages und der Taten des Proletariats veranstaltete der Volkshilfsbildungsverein Groß-Berlin am Sonntag eine proletarische Revolutionsfeier im Großen Schauspielhaus. Das weite Kund dieses Nichtentheaters war bis auf den letzten Platz gefüllt. Orgelvortrage leiteten die Feier ein; Rezitationen, Minnerchorbesang und der Sprecher beherrschte das übrige, künstlerisch hochstehende Programm. Großen Eindruck machte das Requiem von Toller, unter Benutzung von Worten Konrad Ferdinand Meyers. Im Rahmen dieses würdevollen Chorbesanges hielt Genosse Crispin die Gedankreiche Mahlschicht der Jugend in den endlichen Sieg des Proletariats Ausdruck gab. Die roten Fahnen auf der Bühne senkten sich zum Gedenken der Toten. Am Schluß der Feier erhob sich die gewaltige Menge und sang gemeinsam mit dem Arbeiterchor, von der Orgel begleitet, die Internationale. Es waren erhebende Stunden, die den Kampfmut der Tausende belebten.

## Die Auflösung abgelehnt

Am Sonnabend wurde im Sächsischen Landtag über den deutschnationalen Auflösungsantrag entschieden. Der Antrag fiel mit 50 gegen 43 Stimmen. 23 Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion stimmten gegen die Auflösung, 17 dafür.

Damit hat die Fraktionsmehrheit eine letzte Möglichkeit, den Konflikt innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie zu beilegen, ausgeschlagen. Die Verständigungsmöglichkeit war gegeben mit dem Beschluß der Leipziger Landesversammlung, der einstimmig und ohne Widerspruch von irgendeiner Seite angenommen wurde, die Auflösung des Landtags forderte und den Genossen der Fraktionsmehrheit nur etwas emporgangen wäre, was dem zahlenmäßigen Anhang der Fraktionsmehrheit im Lande entsprochen hätte. Wenn der Parteivorstand der Fraktionsmehrheit empfahl, vor der Landtagsauflösung auf Erfüllung der Verbindungen zu drängen, so ging der Parteivorstand damit über das hinaus, was er vor der gesamteten Partei verantworten kann. Allerdings kann er erklären, daß er ja der Fraktionsmehrheit nur etwas empfohlen und der Fraktion die weitere Beurteilung der Situation und damit die Verantwortung überlassen habe. Nach am Freitag fand eine Sitzung mit der Fraktion und den Landesinstanzen statt, die die 23 hätte zur Bestimmung bringen müssen, wenn sie nicht als Leute gelten wollten, die sich reitungslos gegen die sächsische Parteimehrheit verannt haben. Genossen, die in der Mitte der Partei standen, wie Hellwig, die die Liebertreibungen, wie sie der Kampf zwischen rechts und links mit sich brachte, nie mitgemacht haben, erklärten noch einmal eindringlich die Landtagsauflösung als gute und letzte Gelegenheit, mit einem Schluß dem sächsischen Konflikt herauszukommen. Genosse Schaefer, der in den meisten Fragen der Politik auf der Seite der Rechten stand, betonte ebenfalls, daß und warum man nach dem Leipziger Parteitag der Auflösung nicht mehr aus dem Wege gehen dürfe. Genosse Seydewitz, Jwidan, betonte im Namen der Linken, wieviel sie der Fraktionsmehrheit mit dem Leipziger Beschluß um des lieben Friedens und der Verbindungen durchgeführt werden sollten, soweit das irgendwie in den Kräften der Organisationsleitung stünde — alles war vergebens.

Welch ein trübes Schauspiel, das sich da im Landtag bot. Der glaubt denn noch, daß eine Regierung haltbar ist, gegen die sich ein Heckerling wenden konnte mit der Erklärung, daß jene Prosküre gegen sozialistische Beamte nicht hätte geschrieben werden dürfen, weil sie eine schwere Verletzung des Treueverhältnisses bedeute, das zwischen den höchsten Regierungsvertretern und ihren Beamten bestehen müsse? Wer glaubt, daß eine Regierung als die Vertretung des sächsischen Volkswillens gelten kann, hinter dem 23 sozialdemokratische Abgeordnete, aber sonst niemand von der Sozialdemokratischen Partei steht! Diese Regierung repräsentiert den Willen der Volksmehrheit nicht, denn darüber dürften sich die 23 sozialdemokratischen Abgeordneten klar sein: In den Mitgliedschaften haben sie keine Anhänger mehr! Schon in der letzten Vorstandssitzung Groß-Dresdens erklärten am Mittwoch zwei Genossen, die bisher auf der Rechten standen, daß nunmehr nach dem Leipziger Parteitagbeschlusse und nach der Auflösung des Reichstags eine andre Situation gegeben sei und der Landtag aufgelöst werden müsse. Am Sonnabend fand eine Dresdner Funktionärsitzung in den Annenpforten statt und nahm mit 48 gegen 5 Stimmen eine Entschärfung an, die den Ausschluß der 23 Abgeordneten aus der Partei fordert.

Wir glauben, daß nunmehr die Zeit vorbei ist, wo es Zweck hatte, über den sächsischen Parteikonflikt im Sinne einer Verständigung zu schreiben. Im Laufe dieses Kampfes sind Fehler von rechts und links gemacht worden, haben sich beide Seiten mehr Liebertreibungen und Entstellungen zuzuschreiben lassen, als gut war. Aber darum handelt es sich jetzt nicht mehr. Die linke Seite ist im Laufe des Konflikts der rechten um der Verständigung willen weit entgegengekommen. Diese Verständigungsmöglichkeit wurde von den 23 verschlagen. Das ist die Situation, und das Weiter haben nunmehr die Organisationsleitungen zu entscheiden. Morgen Dienstag findet bereits eine Sitzung der Landesinstanzen statt, die zu der neuen Situation Stellung nehmen wird. Der Beschluß wird den Parteigenossen mitgeteilt.

## Ein heuchlerisches Spiel

R. S. D. und Landtagsauflösung  
Der Landtag vertagte sich nach der Sonnabendssitzung bis 10. Dezember. Es wäre besser gewesen, wenn er damit begonnen hätte, die für die Winteression nötigen Arbeiten vorzubereiten. Die Entschuldigung, daß man kommunistische Wahlreden während der Tagung verhindern will, hat nur den Schein der Berechtigung. Tatsächlich gibt es geschäftsordnungsmäßige Mittel genug, um leeres Geschwätz zu verhindern und praktische Arbeit zu erzwingen. Sollen die zum Teil sehr wichtigen Gesetzentwürfe, die für das Land von großer Bedeutung sind, in sieben Landtagsitzungen kurz vor Weihnachten durchgeprüft werden?  
Die Kommunisten übten an diesem eigenartigen Verhalten zusammen mit der sozialdemokratischen Minderheit berechtigte Kritik. Ganz unverständlich und verlogen aber war das Verhalten der kommunistischen Abgeordneten zur Frage der Landtagsauflösung selbst. Ein Drittel der